

Medienmitteilung vom 25. April 2019

5. Ferienwoche: Regierungsrat nimmt schleichenden Bildungsabbau an Mittelschulen in Kauf

Der MVZ begrüsst die heute kommunizierte zusätzliche Ferienwoche für das Staatspersonal. Diese entspricht einer langjährigen Forderung der VPV, der MVZ hat diese stets solidarisch mitgetragen. Der Kanton Zürich wird damit als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen.

Allerdings stösst beim MVZ der Entscheid, dass die Mittelschulen, Fachhochschulen und Berufsschulen von dieser Neuregelung ausgeschlossen werden, auf absolutes Unverständnis. Die Argumentation des Regierungsrats, diese Berufsgruppen hätten keinen Berufsauftrag mit Jahresarbeitszeit, sondern seien per Lektionen angestellt, ist fadenscheinig. Das Signal an die betroffenen Lehrpersonen lässt jegliche Wertschätzung vermissen. Denn über eine Anpassung der Lektionenzahl hätte der Regierungsrat durchaus die Möglichkeit, in Eigenregie auch bei den Lehrpersonen der genannten Stufen eine Anpassung zu bewirken. Offenbar fehlt der Wille dazu, das ist für die Betroffenen frustrierend.

Seit Jahren verweist der Regierungsrat im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) auf den Entwicklungsschwerpunkt, dem Lehrermangel an den Gymnasien entgegenzuwirken (KEF 2019-2022, Bl 8.1g). Mit seinen Entscheiden in dieser Legislatur minderte der Regierungsrat jedoch laufend die Attraktivität unseres Berufsstandes. Bereits mit der L16 hat er mit absolut unnötigen Massnahmen vor allem auf dem Buckel der Mittelschullehrpersonen gespart. Und nun verweigert er den Mittelschullehrpersonen eine moderate, zeitgemässe Anpassung beim Ferienanspruch.

Die Regierung signalisiert damit, dass die betroffenen Lehrpersonen den Ferienanspruch im Rahmen der Vertrauensarbeitszeit in Eigenregie umsetzen müssen. Das kann jedoch nur mit einer weiteren Senkung des Engagements der Lehrpersonen für ihre Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich nimmt damit einen weiteren schleichenden Bildungsabbau in Kauf – für den Wirtschaftsmotor der Schweiz ist dies ein bedenkliches Zeichen.

Für ergänzende Fragen stehen zur Verfügung:

- **Silvio Stucki, Präsident:** 078 812 12 40 (14-16h), praesident@mvz.ch